



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne.

In letzter Zeit wird ein Meinungskampf ausgefochten, der sich um die volkswirtschaftliche Auswirkung hoher Löhne dreht. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß hohe Löhne die Grundlage einer gesunden Wirtschaft sind und die Kraft in sich haben, diese Gefundung zu einer dauernden zu machen. Der Gewerkschaftskampf bewegt sich in dieser Richtung. Diese theoretische Unterlage des gewerkschaftlichen Kampfes wurde lange Zeit nur von den Arbeitern und einigen Eingängern der bürgerlichen Wissenschaften verfochten. In letzter Zeit sind auch zahlreiche Unternehmer zu dieser Ansicht gekommen. Allerdings weniger in Deutschland, sondern hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von den deutschen Unternehmern gibt es nur wenige, die die Ansicht des steigenden Volkswohlfandes durch hohe Löhne unterstützen. Den Unternehmern zur Seite stehen Wissenschaftler, von denen vor allen der schweidische Professor Cassel zu nennen ist. Dieser hat sogar die Triebener Weltwirtschaftskonferenz benutzt, um seine Theorie von der Schädlichkeit hoher Löhne an den Mann zu bringen. Von dem Führer der deutschen Delegation, dem bekannten Unternehmer v. Siemens, wurde Cassel in Genf unterstützt. Dieser sah sogar alles Unheil der Welt in der Kostensteigerung der Ware Arbeitskraft. Um diesen Meinungskampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, den Standpunkt der Arbeiterklasse immer wieder zu betonen und Argumente zu dessen Richtigkeit heranzuziehen. In diesem Meinungskampf ist den Gewerkschaften ein wertvoller Bundesgenosse in Gestalt eines Buches entstanden. Im Verlage der Heidelberger Verlagsgesellschaft und Druckerei G. m. b. H., Heidelberg, erscheint zurzeit ein Buch, dessen Titel mit der Überschrift dieses Artikels übereinstimmt. Diese theoretisch gründliche Arbeit über die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne stammt von Dr. Karl Maffar und ist eine erweiterte Preisarbeit der Universität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit von der philosophischen Fakultät dieser Universität mit einem Preise bedacht wurde, ist zugleich ein ehrendes Zeugnis für dieses Institut. Die Schrift verdient es, in gewerkschaftlichen Kreisen in Massen verbreitet zu werden. Sie ist ein volkswirtschaftliches Gesetzbuch eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs, das die Eigenschaften hat, die gewerkschaftliche Kleinarbeit mit neuem Leben zu befruchten. Das Buch dient den nachfolgenden Ausführungen zur Unterlage.

Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf die Konsumtion und Produktion verschieden auswirken. Sie kann auf Kosten des Unternehmergewinns gehen, der von der Unternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der Unternehmer zum persönlichen Gebrauch weniger hat, erhält der Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unternehmergewinns wird sich vor allen Dingen in einer Verminderung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Arbeitern wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfskonsums bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann ferner direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem sie von dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und damit die Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere Schichten der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissenschaft eine große Rolle. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß jede Lohnerhöhung Preisserhöhungen nach sich ziehen müsse und damit der Erfolg der ersteren umsonst gewesen sei. Ein Moment ist aber unter allen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse der Bevölkerung mehr Kaufkraft, dann findet eine Erweiterung des Massenkonsums und eine Einschränkung des Luxuskonsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite haben Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion zur Folge.

Bezüglich der Einwirkungen des gesteigerten Massenkonsums und der damit geförderten Massenproduktion ist vor allem das Bestreben beachtlich, Vergeudung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer

und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebes zu heben. Kurzum es tritt das zutage, was wir mit dem Worte Rationalisierung bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika und auch in Deutschland als der stärkste Motor der Rationalisierung gezeigt. Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Rationalisierung bilden eine Stufenfolge. Die Rationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gegenteil verwandelt. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitermassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädigend.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung z. B. einem höheren Konsum geistiger Getränke usw. ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse hat eine Erhöhung des Einkommens in erster Linie eine bessere Lebenshaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Folge. Ein Arbeiter, der auf Grund eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitsträften heran. Der schlecht genährte Arbeiter wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von Herkner ihre volle Berechtigung: „Je kräftiger und gesunder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Vorrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit.“ Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt, wie dies Amerika zeigt.

Auf das Bevölkerungsproblem ist der Lebensstandard der breiten Massen von großem Einfluß. Die Ansichten von Malthus und Casselle, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Angebot von Händen die vorher errungenen Erfolge wieder beseitigt, hat sich als irrtümlich erwiesen. Lassalles ebernes Lohngesetz war eine theoretische Fehlkonstruktion. Richtig ist, daß der niedrig gestellte Arbeiter infolge Mangels kultureller Zerstreuungen sich viel mehr dem Geschlechtsverkehr hingibt als der Empfänger eines hohen Lohnes, der in guten Verhältnissen lebt. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte sehen weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in der Quantität deselben aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Ergiebigkeit der Arbeit. Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnhöhe mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer hatten einen solchen Weg für volkswirtschaftlich richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschlimmert und die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem unmaßhaltigen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisenzeiten geben. Hohe Löhne werden zwar die Schwankungen der Wirtschaftslage nicht ganz vermindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzuwachen und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestgehendem Maße auszugleichen. Aus diesen Gründen haben sich selbst amerikanische Unternehmer gegen Lohnsenkungen erklärt. Nach einer Uebergangszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer an einem gesteigerten Lebensstandard einen Nutzen.

Die Behauptungen der Unternehmer um von Siemens und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine gradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne, sondern des niederen Lebens-

standards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Tendenz, fortzuleben immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen herbeizuführen. „Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgebarung, sie reißen die Wirtschaft heraus aus Schlappheit und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion lebenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stöckung der Absatzmöglichkeit, Stöckung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterklasse hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und intellektuell höherstehenden und technisch fortgeschritteneren sind.“ Aus diesen und anderen Gründen kommt Herr Dr. Maffar zu folgendem Schluß:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigte Forderung.“ Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein.

Achte Sitzung des Bundesauschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Bred, das Wort, um im Namen des Bundesauschusses den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, zu seinem 60. Geburtstag zu beglückwünschen. Nach Dankesworten von Leipart begann der Bundesauschuss seine Beratungen.

Leipart erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten. Seine Ausführungen befaßten sich zum großen Teil mit internen Bundesangelegenheiten. Es können daher nur einige wenige Punkte kurz hervorgehoben werden.

Der Bundesvorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. In letzter Stunde hat der Bundesvorstand versucht, eine gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichstag zu richten. Da eine gemeinsame Eingabe sich nicht ermöglichen ließ, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem ADGB-Bund und Gewerkschaftsring einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet und sie zur Verweigerung von Ueberstunden erneut aufgefordert. Selbsten hat eine erteuliche Agitation eingeleitet, von den Verbänden wie von den Ortsausstellungen. Der Vorstand hat eine neue Erhebung über die tatsächliche geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Wirksamkeit zu schaffen.

Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, positive Forderungen auf dem Gebiet des Wohn- und Mietrechts zu formulieren, Richtlinien für seine soziale Gestaltung aufzustellen. Die Arbeiten der Kommission sind noch nicht abgeschlossen.

Die Beschlüsse des Londoner Wanderungskongresses sind einer sorgfältigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

Für die in diesem Jahre stattfindenden sozialen Wahlen wird, wie auch früher gechehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Ersuchen gerichtet, über etwaige gesundheitschädliche Wirkungen der Rationalisierung Material zu beschaffen. Der Bundesvorstand wird diesem Wunsch entsprechen.

Dann ergriff Kollege Grafmann das Wort über das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen. Er gab zunächst einen historischen Ueberblick. Begien ist nach dem Kriege in den Vorstand des Roten Kreuzes eingetreten. Nach seinem Tode trat Grafmann an seine Stelle; beide aber nicht als Vertreter des Bundesvorstandes. Sie haben es getan in Anbetracht der übertragenden Bedeutung des Roten Kreuzes, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß viele Gewerkschaftsmitglieder in den Rote-Kreuz-Kolonnen organisiert sind, vor allem aber, weil nach dem Kriege das Rote Kreuz zu einer großzügigen Volkshilfeorganisation ausgebaut werden sollte und auch ausgebaut worden ist. Grafmann schilderte lobend die Unstimmigkeiten zwischen dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariterbund. Er wies auf die vergeblichen Anregungen

des Bundesvorstandes hin, auch Gewerkschaftsvertreter in die Vorstände der Provinzialen und totalen Organisationen des Roten Kreuzes zu entsenden, um die Interessen der Arbeitererschaft auch dort zur Geltung zu bringen. Auf dem Bundeskongress des Arbeiter-Samariterbundes wurde der Antrag angenommen, daß ein Vorstandsmitglied des A.D.G.B. in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten sollte. Der Bundesvorstand hat diesem Wunsch des Arbeiter-Samariterbundes entsprochen und Grafmann mit dieser Vertretung betraut. Wünschenswert wäre in Zukunft ein gebrüderliches Nebeneinanderwirken beider Organisationen.

Kollege Körpel erstattete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist im großen und ganzen gelungen, die Behörden so aufzuziehen, daß eine gebrüderliche Tätigkeit zu erwarten ist. Außer in Bayern und Württemberg.

Die Gerichtsbezirke liegen jetzt fest. Bei der Bestellung der Beisitzer ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungstörper festzusetzen. Der Bundesauschuß wird heute die Beisitzer für das Reichsarbeitsgericht benennen müssen.

Der Baugewerksbund hat angeregt, für die Vertretung in der zweiten Instanz tüchtige Rechtsanwältinnen rechtzeitig zu sichern. Körpel wies auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwältinnen sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitsgerichtsgesetz ist erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozessvertreter in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand ist daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt, nachdem die Gewerkschaften klares Recht erreicht haben, Verträge mit Rechtsanwältinnen abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen selbst für die Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg ist der Ausbau der Arbeitersekretariate. Statt 5000 wie bisher werden künftig vielleicht 30 000 Streitfälle jährlich berufsunterschiedlich sein. Die Rechtsanwältinnen würden etwa 2 250 000 Mk. betragen; diese Kosten können teilweise erspart werden, ohne daß grundrätlich auf jede Heranziehung von Rechtsanwältinnen verzichtet wird.

Der Bundesvorstand wird für eine einheitliche Schulung der Beisitzer Sorge tragen müssen. Das ist heute leichter möglich als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Außerdem schlägt der Bundesvorstand die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeitervertretung vor, die sich bei guter Leistung bald eine angenehme Stellung erringen kann. Der Verband der Gewerkschaften und Kaufmannsgerichte hat vor dem Kriege Gutes geleistet. Seit 1918 kann man das nicht mehr behaupten. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einmütig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen. Die Gewerkschaften brauchen auch keine Gutachten eines solchen Verbandes. Sie wissen selbst, in welcher Weise sie das kollektive Arbeitsrecht wollen.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Beisitzern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. 16 sind benannt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den A.D.G.B. und A.M.-Bund, 3 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsring zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will 4 Beisitzer. Die Arbeitgeber haben nun den Wunsch, daß noch 18 Beisitzer ernannt werden. Dann würde die Verteilung entsprechend 12, 4 und 2 sein können. Die Verbände haben nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Zu bemerken ist, daß nur Reichsarbeitsrichter, keine Reichsarbeitsrichterstellvertreter zu benennen sind. Es kommt nicht auf besondere fachliche Spezialkenntnisse, sondern auf gute Beherrschung des kollektiven Arbeitsrechts an. Das einheitliche Arbeitsrecht soll von allen Berufen und Industriezweigen gemeinsam gefördert werden.

Kollege Spließ erstattete nunmehr im Auftrage des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Berichtserstattung über die Lohnbewegungen und über die Geschäftslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Dr. Meyer-Brodnick, der Leiter der sozialhygienischen Abteilung des Bundesvorstandes, berichtete über die bevorstehende Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neu aufgetretene Gewerbekrankheiten einem weitgezogenen An-

teressentenkreise vom Standpunkte der Arbeitererschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Dr. Arons, der Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, ergänzte die Ausführungen Leiparts über die Beschaffung von Material über etwaige gesundheitsschädliche Folgen der Nationalisierung. Er verwies auf den Fragebogen, der vom Bundesvorstand ausgearbeitet worden ist und von den Verbänden für diese Erhebung benutzt werden soll.

In der Debatte gingen die Vertreter der Verbände insbesondere auf die Berichtserstattung über die Lohnbewegungen und die Geschäftslage in einzelnen ausgewählten Industriezweigen ein. Der sozialpolitische Ausschuß des A.D.G.B. wird sich mit diesen Plänen noch im einzelnen beschäftigen.

Der Bundesauschuß gab einmütig der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Dreischichtensystem für die Hüttenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen muß, und die Hüttenarbeiter dem Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden müssen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates müsse daher seine Untersuchung beschleunigt durchführen und der Reichsarbeitsminister alsdann die entsprechende Verordnung erlassen.

Ferner erhob der Ausschuß durch eine einstimmig gefaßte Entschließung Protest gegen die von den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschlechterung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Am Auftrage der vom Bundesvorstand eingeleiteten Kommission erstattete Genosse Schlimme (Bundesvorstand) dann Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstufungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Beitragsgebendes und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesauschuß verabreicht worden waren, stimmte er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der sachgemäßen Beiträge (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Karentage für Kampfunterstützungen (Streit und Mahregelung) sowie für soziale Unterstufungen herbeiführen sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai besaßte sich der Bundesauschuß zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Grafmann und Gertrud Hanna am Kongress teilnehmen. Außer den bereits in der 7. Bundesauschußsitzung genannten Verbandsvertretern wird auch August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des A.D.G.B. Alexander Knoll. Knoll trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgestellten gewerkschaftlichen „Elementarschulen“ ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleinbetrieb dienen. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festangestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für ihre besonderen Lehrkräfte nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einmütige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundeschule. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Einrichtung der Schule nunmehr vorzubereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben, künftiger Regelung vorbehalten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichsarbeitsrichter.

Soziale Bewegung in Deutschland.

Rückgang der kurzfristig — Anwachsen der dauernden Arbeitslosen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Wochen beträchtlich vermindert. Die Gesamtzahl aller Hauptunterstützungsempfänger aus Erwerbslosen- und Krisenfürsorge ist von Mitte März bis Mitte April um 26,4 Proz. zurückgegangen; sie betrug 1 221 000. Seitdem zeigt die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten einen weiteren Rückgang, nämlich um 11,4 Proz. bis zum 1. Mai. Auch die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise hatte größeren Erfolg; die Andrangsziffer sank von 548 Ende Februar auf 422 Ende März. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging von 2 097 600 am 15. März auf 1 638 811 am 15. April zurück, also um 20,9 Proz., die Zahl der offenen Stellen vermehrte sich in derselben Zeit von 40 321 auf 46 382, also um 15 Proz. (Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Verbesserung um 39,5 Proz.) Der Arbeitsmarkt für Frauen erfuhr eine wesentlich geringere Besserung, die Zahl der Arbeitsuchenden sank nur um 13,3 Proz. gegenüber einer Abnahme von 22,6 Proz. bei den Männern; allerdings war für die weiblichen Arbeitskräfte die Gesamtlage vorher weniger ungünstig. Besonders beteiligt an der Verminderung der Erwerbslosen sind natürlich die typischen Saison-gewerbe, wie Landwirtschaft, Gärtnerei und Baugewerbe. Das letztere zeigt allerdings auch gegenüber dem Vorjahre eine ganz erhebliche Besserung, die wohl nur zum Teil auf besonders milde Witterung in diesem Winter, zum Teil aber auf eine allgemeine Belebung des Wohnungsbauwesens zurückzuführen ist. Im März 1927 wurden von den Arbeitsnachweisen 96 765 Bauarbeiter vermittelt, d. h. etwa 175 Proz. der Zahl vom März 1926.

So bedeutend die Einwirkung der drei typischen Saisonbeschäftigungen sein mag, so ist doch nicht zu verkennen, daß seit Anfang März eine Besserung der Gesamtsituation eingetreten ist. Nach den Berichten der verschiedenen Industrien an das Reichsarbeitsministerium arbeiteten in der ersten Aprilhälfte nur noch 22 Proz. der Arbeiter und Angestellten in schlechtbeschäftigten Betrieben (gegen 33 Proz. im Februar), 51 Proz. gegen 45 Proz. in „befriedigend“, 24 Proz. gegen 22 Proz. in „gubelbeschäftigten“ Betrieben. Am meisten hat sich der Beschäftigungsgrad in der Maschinen- und Spinnstoffindustrie gehoben, danach folgen Eisen- und Metallindustrie und Bekleidungs-gewerbe. Der Maschinenbau beschäftigte 4 Proz. mehr Arbeitnehmer als im Vormonat, das Bekleidungs-gewerbe 4,4 Proz. In der Eisen- und Metallindustrie sollen besonders Grobblettriebe Nachfrage nach Facharbeitern geäußert haben, in geringererem Maße die feinen und mittleren. Im Bergbau ist wie alljährlich ein Rückgang von Förderung und Absatz zu konstatieren, der bereits zur Vermehrung der Halbenbestände und zur Einlegung von Feierschichten geführt hat. In der letzten Woche wurden sogar wieder Massenentlassungen ausgesprochen und weitere angekündigt, darunter auch von den Staatszechen.

So erfreulich der allgemeine Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, so gibt es doch große Massen von Arbeitern und Angestellten, deren Schicksal sich noch in keiner Weise gebessert hat, die immer mehr in Hoffnungslosigkeit versinken: die langandauernden Erwerbslosen. Aus der Statistik des Reichsarbeitsministeriums ergibt sich ein ständiges Anwachsen dieser Unglücklichen, die, je länger, desto endgültiger, aus dem Produktionsprozess ausgeschieden werden. Während die Zahl der durch Erwerbslosenfürsorge Unterstützten, also der kürzer als ein Jahr Arbeitslosen, vom 15. März bis 15. April um fast ein Drittel zurückging, wuchsen die durch Krisenfürsorge Unterstützten um weitere 4,9 Prozent an, auf nunmehr 234 270. Am 1. April ent-

Flüssiges Blei.

Auch das braucht die moderne Schwarze Kunst. Wo wären wir ohne Stereotypie, ohne die Einrichtung, die vom Saß fertiger Zeitungsetzeln die Matrizen schlägt und dann die Platten macht, die in die Rotationsmaschine gespannt werden können? Das flüssige Blei ist das alles belebende Element, das fließende Blut der Zeitungsdruckerei. Es ist ein hartes und schwieriges Handwerk, das in der Bleischmelze zu verrichten ist.

Im Sommer herrscht hier eine fließende Hitze, und die Menschen müssen schwitzen, die diesen Dienst verrichten. Im Frühling merkt man hier nichts von der liberal erwachenden Natur und im Herbst gibt es hier keinen Abgang vergangener Schönheiten. Es herrscht immer die giftig-schwärmrige Luft, die unzählige Krantheiten in sich birgt. Und der Winter bringt hier ebensowenig Erleichterung, denn die Bleiluft trägt immer die gefährlichen Keime.

Im Schmelze seines Angefichts steht der Bleischmelzer, der Stereotypen, um sein schweres Handwerk zu verrichten. Er steht von früh bis abends vor dem glühenden Ofen und sorgt, daß das Blei flüssig genug ist. Wie der Gloden-glehermeister aus alter Zeit, arbeitet der Bleischmelzer und schafft, daß der „Blei“ auch brauchbar genug ist. Er hat seine Formen und Werkzeuge — gleich dem Gloden-gleher, der der Glode den reinen Klang gibt, damit ihr eherner Mund den Menschen dieser Welt alles verdrängt, was in ihrem Leben sich ereignet. Es ist nicht leicht, das Werk an einer Glode zu vollenden. Genau so schwer ist es für den Stereotypen, der einen guten Guss liefern will, damit die von den Platten gedruckten Buchstaben rein und klar auf dem Papier erscheinen können. Denn das Bleischmelzers Werk soll mit dafür sorgen, daß den Menschen die Ereignisse ihrer Zeit und ihres Lebens rein und vornehmlich

nicht nur durch den metallenen Mund der Glode, sondern auch durch die Sprache der Zeitung und Bücher vermittelt werden können!

So ist es ein Hasten und Jagen, daß die Leute der Bleischmelze erfüllt. Sie haben die letzten Handreichungen zu verrichten, bevor der Rotationsmaschinenmeister an sein Werk gehen kann. Die Bleischmelze ist das Kind der großen Mutter Rotationsmaschine. Ohne die Stereotypie kann kein rasender Rotationszylinder saugend und prustend mit der Zeit um die Wette jagen.

Verachtet mir die Bleischmelzer nicht! Sie haben die Hand zu allererst im Spiel. Sie haben mit dem glühenden Feuer umzugehen und müssen abgeben, daß dieser letzte Handgriff am Ganzen nicht mißlingt. Feuer und flüssiges Blei lassen nicht mit sich spaßen. Doch der Mensch zeigt sich auch hier als Bezwingender des Elementes.

Es ist Symbol, daß der Mensch zum Vollenden seiner Werte eines der gefährlichsten Elemente rufen muß. Da stehen die einfachen Männer in der Blüte, um dem Wert den letzten Guss zu geben. Sie greifen mit sicherer Hand fest zu, sie spannen ihren Geist auf diese Arbeit, damit sie nicht Unheil anrichtet und sehen dann voller Stolz auf die lange Reihe der Zeitungspalten, die nicht lange Zeit zur Ruhe haben, denn bald müssen sie ihre rasende Fahrt antreten.

Der Mensch bündigt das flüssige Blei, er führt den Kampf gegen die nach Freiheit sehenden Elemente, um sich selbst die Freiheit zu erkämpfen. Der Mensch ist der Herr der Zeit — wenigstens an dieser Stelle.

Das zeigen uns die Bleischmelzer, die das Blei flüssig machen, damit der Spiegel der Zeit Tag für Tag den Menschen in die Hand gegeben werden kann. Und der Mensch nimmt täglich die Reuigkeiten in Empfang, ohne

daran zu denken, welche unmenhliche Arbeit dafür an jedem Tag von seinen Mitmenschen geleistet werden muß, um die Zeitung herauszubringen.

Jahrhundertlange Entwicklung einer herrlichen Kunst war nötig, unerträgliches Schaffen und Denken, ehe diese Stufe der Technik erklommen werden konnte — bis einmal die Zeit kommt, in der vielleicht auch dieses Hilfsmittel menschlicher Kultur als überwunden angesehen wird.

Doch die Elemente wird der Mensch zur Befriedigung und Ausübung seiner Herrschaft immer brauchen. Wenn er die Elemente nicht bündigt, wird er nie der Herr sein, sei es Wasser oder Feuer, Erde oder Luft. Wie lange aber wird er noch flüssiges Blei brauchen?

Der Bauer Marei.

Von Fjodor M. Dostojewski.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages R. Piper & Co., München, aus Band 13, Politische Schriften der Gesamtausgabe der Werke F. M. Dostojewskis.

Ich will zur Abwechslung einmal eine kleine Geschichte erzählen. Das heißt: eigentlich kann man das nicht recht eine Geschichte nennen; es ist nur eine alte Erinnerung. Ich war damals neun Jahre alt ... Doch nein: ich werde lieber mit meinem zwanzigsten Jahre beginnen.

Es war am zweiten Osterfesttag. Die Luft war warm, der Himmel hoch und blau und die Sonne so hell und schön. In meiner Seele aber war es dunkel und häßlich. Ich lehnderte hinter den Kalernen umher, betrachtete den Pfladen-gaun, der unser Gefängnis umgab, und zählte die einzelnen Pfähle. Doch selbst das ewige Zählen wurde langweilig, wenn ich es auch nur ganz mechanisch, aus Gewohnheit, tat. Es war schon der zweite Tag, daß im Gefängnis „geseiert“

Arbeiter von hundert Unterstützten bereits 16,4 auf die Krisenunterstützung. Während also immer größere Massen von Rationalisierungsteufeln erfährt und endgültig als „überzählig“ aus dem deutschen Wirtschaftskörper ausgeschieden werden, denkt man an „höchster Stelle“ bereits daran, diesen Ausgeschloffenen den letzten Rest notwendiger Existenzmittel aus den Händen zu reißen. Der Reichsarbeitsminister hat vor einigen Wochen kurzer Hand verfügt, die Unterstützungsdauer für die Arbeiter im Spinnstoff- und Vertriebsleistungsgewerbe und in der Gärtnerei wird wegen beträchtlicher Konjunkturbesserung von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt, weitere Berufsgruppen, darunter die Bauarbeiter (bei denen die Erwerbslosigkeit noch 22,8 Proz. beträgt), sollen demnächst folgen. Mehr als 480 000 von insgesamt 1 438 000 Hauptunterstützungsempfängern waren Mitte März länger als 26 Wochen erwerbslos, Mitte April waren es über 360 000 von 1 121 200, d. h. etwa ein Drittel aller Hauptunterstützungsempfänger ist länger als ein halbes Jahr erwerbslos und muß befürchten (sofern nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums und der Arbeitgeberkreise, unter deren Druck er steht, der Beschäftigungsgrad in einer speziellen Berufsgruppe sich binnen kurzem so bessert, daß „jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Arbeiter Beschäftigung finden kann“), der färglichen Erwerbslosenunterstützung und damit jedes Anrechts auf die Krisenfürsorge verlustig zu gehen. Die Arbeiterparteien haben zwar im Reichstag Anträge eingebracht, die die Aushebung dieser unerhörten reaktionären Verordnung bezwecken; auch ist dieser Tage im Reichsrat durch den Widerspruch des preussischen Vertreters eine weitere Verschärfung — nämlich rückwirkende Kraft der Verordnung, so daß man auch den bisher der verlängerten Erwerbslosenfürsorge und der Krisenfürsorge teilhaftig gewordenen Angehörigen der betreffenden drei Berufe die Unterstützung rauben würde — abgelehnt worden. Bis zu einer gefühmähigen Beilegung dieses grandiosen Unrechts, das gerade die Schwächsten der Schwachen trifft, können aber schon Tausende von Arbeiterfamilien an den Rand der Verzweiflung gebracht sein.

In den Arbeitskämpfen der letzten Wochen spielt die Arbeitszeit immer noch eine hervorragende Rolle, daneben aber gewinnen Lohn- und Urlaubsfragen erhöhte Bedeutung. In vielen Fällen ist es gelungen, Lohnverbesserungen durchzusetzen, die allerdings kaum irgendwo mehr als einen Ausgleich der Mißseigerungen der letzten Monate bedeuten. So bei den Zigarrenarbeitern, in der thüringischen, schlesischen und sautgartner Metallindustrie, in der süddeutschen und ostfälischen Textilindustrie, in der bayerischen Forst- und Landwirtschaft. In zwei Fällen kamen neue Reichstarifverträge zustande, so für das Baugewerbe, wo seit 1924 keine Einigung zu erzielen war (obwohl der Fortschritt gegenüber dem tariflosen Zustand nicht zu leugnen ist, trotz der Vertrag doch daran, daß er keine Bestimmungen über die tägliche Arbeitszeit enthält, deren Regelung er bezirklischen Vereinbarungen überläßt; bemerkenswert ist die Herabsetzung der Spanne zwischen dem Lohn der Fach- und Hilfsarbeiter auf 17 Proz.) und für die Holzindustrie. (Auch hier Reichsmanteltarif seit 1924 aufgehoben; jetzt altes Lohnabkommen wieder eingeführt plus 12 Proz. Erhöhung.) Auch verschiedene größere Streiks und Ausperrungen sind in den letzten Wochen zu verzeichnen, so in der ostfälischen und Groß-Hamburger Textilindustrie, in der schlesischen und bergischen Metallindustrie, bei den thüringischen Holzarbeitern, bei den Berliner und Dresdener Autobrodmaschinenbauern usw.

Das interessanteste Ereignis auf dem Gebiet der Arbeitskämpfe ist aber der Streik im norddeutschen Wollkammereisenzentrum, da er zu noch nie dagewesenen Eingriffen der republikanischen Gerichte in das Streikrecht

der Arbeiter geführt hat. Nach mehrwöchigem Streik einiger der sechzehn zum Konzern gehörigen Betriebe (insgesamt 25 000 Arbeiter) weigerten sich die Hamburger und Leipziger Arbeiter, vierzehn Tage darauf auch die Thüringer Kollegen desselben Konzerns, die durch den Streik nicht fortgesetzten Aufträge zu übernehmen und proklamierten den Streik. Darauf antwortete die Betriebsleitung nicht nur mit Ausperrung der noch in Arbeit Stehenden, sondern mit gerichtlichen Klagen wegen der Unrechtmäßigkeit des Sympathiestreiks. Es fanden sich tatsächlich das Leipziger und das Hamburger Landgericht bereit, durch Verfügung den Sympathiestreik zu verbieten und dem Textilarbeiterverband jegliche Unterstützung der Streikbewegung zu unterlagen. Es scheint also, daß das englische Vorbild bereits Schule macht und man in Deutschland, wo an eine parlamentarische Antistreibaktion vorläufig noch nicht zu denken ist, durch die Hintertür der Justiz demselben Ziel zustrebt. Eine besondere Note erhält dieses Vorgehen der Richter noch dadurch, daß sie sich auf das formelle Bestehen eines Manteltarifvertrages stützen, der aber seit Jahren von den Betriebsleitungen des Norddeutschen Wollkonzerns nicht beachtet wird. Vielmehr waren es gerade die Umgehungen der tariflichen Bestimmungen, die Einführung eines eigenen Prämien Systems ohne jegliche Mitwirkung der Arbeitervertretung, schließlich das Ausschneiden aller Konzernbetriebe aus der Tarifhoheit, was den Widerstand der zuerst streikenden Arbeiter hervorgerufen hat. Das Gericht aber erklärt nicht die Konzernleitung für tarifbrüchig, sondern diejenigen Arbeiter, die wegen des Tarifbruchs der Unternehmer in den Streik traten.

Aus der Steindruckbewegung.

Tarifliche Mindestlöhne für das Steindruck- und das Buchbinderei-Hilfspersonal in Hannover, M. Groß- und Klein-Steinheim, Klein-Aubheim.
Gültig ab 1. Juni 1927 bis zum 31. März 1928.

	Mindestlöhne ab		Denkmalszulagen
	1. Juni 1927	Mt.	
Steindruckseifer			
17-18 Jahre	28,27	2,27	
18-20 "	30,45	2,45	
20-21 "	32,62	2,62	
21-24 "	39,15	3,15	
über 24 "	41,32	3,32	
Hilfsarbeiter			
17-18 Jahre	28,27	2,27	
18-20 "	30,45	2,45	
20-21 "	32,62	2,62	
21-24 "	36,97	2,97	
über 24 "	39,15	3,15	
Angeherinnen			
17-18 Jahre	23,92	1,92	
18-21 "	26,10	2,10	
über 21 "	28,27	2,27	
Bogenfängerinnen, Stangerinnen, Prägerinnen, Kabineninnen, Falzerinnen, Buchbindereiarbeiterinnen, Brosierer, Pücker, Abstaubarbeiterinnen, sowie Arbeiterinnen an der Zylinderdreismaschine			
17-18 Jahre	21,75	1,75	
18-21 "	26,10	2,10	
über 21 "	27,19	2,19	
Hilfsarbeiterinnen			
17-18 Jahre	21,75	1,75	
über 18 "	23,92	1,92	

Ab dieser Woche gilt für das Steindruckhilfspersonal als Manteltarif der gleiche wie für das Buchdruckhilfspersonal. Der Preis des Manteltarifs beträgt 20 Pf. Jedes Mitglied sollte in seinem eigensten Interesse sich einen Manteltarif zu legen, damit es sich vor Schaden bewahren kann. Der Manteltarif enthält Bestimmungen über Arbeitszeit, Ueberstunden, Freizeitbezahlung, Ferien und sonstige wichtige Bestimmungen. Klagen, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis der Mitglieder hervorgehen, können nur durch die Organisation erledigt werden.

Berlin.

Streik der Berliner Steindruckhilfsarbeiter.

Seit dem 1. Januar 1926 bestand in Berlin kein Lohn-tarif. Die Absichten der Unternehmer, einen zehnprozentigen Lohnabbau vorzunehmen, wurden ständig abgewehrt. Seit dem 22. August 1925 ist keine Lohnverbesserung erfolgt. Am April d. J. wurde eine Lohnforderung von 15 Prozent beim Schlichter beantragt. Trotz der Notlage der Arbeiter-schaft fanden die Verhandler bei den Unternehmern kein Verständnis für ihre Forderungen. Ihre ablehnende Haltung begründeten die Unternehmer mit der stark zurückgegangenen Exportmöglichkeit, mangelnden Aufträgen, Verteuerung der Geschäftskosten und den „hohen Löhnen“ des Hilfspersonals. Lediglich zu dem Zweck, um Beschäftigung für die Arbeiterkraft zu haben, nahmen sie sehr häufig Aufträge unter den Geschäftskosten herein. Wenn die Arbeiter den Bogen übernahmen und wieder mit Lohnverbesserungen kommen, tragen sie dazu bei, daß sich die Betriebe bedeutend einschränken müßten und die Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiterkraft dadurch bedeutend geringer wird. Vor dem Schlichtungsausschuß trugen sie die gleichen Ansichten vor. Alle Argumente der Verhandlungskommission nutzten nichts, die Vertreter des Schlichterbandes lehnten kategorisch ab — auch die kleinste — Lohnverbesserung. Der Schlichtungsausschuß fällt nun einen Schlichterspruch, der auf die am 22. August 1925 festgesetzte Löhne eine fünfprozentige Erhöhung bis 31. Dezember 1927 vorschlägt. Der den Personalisten in keiner Weise Rechnung tragende Spruch ist von der Kollegen-schaft einstimmig abgelehnt worden. Die Verammlung beauftragte den Vorstand, alle vorbereitenden und notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Forderungen der Kollegen-schaft Geltung zu verschaffen. Die Unternehmer hatten den Spruch, trotzdem sie vorher auch die kleinste Lohn-erhöhung abgelehnt hatten, angenommen.

Am Sonnabend, den 14. Mai, traten die Personalisten von acht maßgebenden Steindruckereien in den Zustand. Die Unternehmer hatten beim Schlichter die Verbindlichkeits-erklärung des Schlichterspruchs beantragt. In den Vergleichs-verhandlungen vor dem Schlichter konnte ebenfalls keine Verständigung erzielt werden, da die Unternehmer nicht bereit waren, weitere Zugeständnisse zu machen. Nach zwei Tagen fanden erneute Verhandlungen mit dem Schlichter-erband statt, und nunmehr konnte nach längeren Verhandlungen ein neuer Lohn-tarif abgeschlossen werden. Die Ver- einbarung sieht eine Erhöhung der Löhne ab 6. Mai 1927 um 5 Proz. und am 1. Oktober 1927 um weitere 3 Proz. vor. Da seit Mai 1926 kein Manteltarif bestand, verlangte die Verhandlungskommission, auch diesen wieder zur Ein- führung zu bringen. Diese Absicht hatten die Unternehmer nicht, sie wollten erst im Juni darüber verhandeln. Bei den Urlaubsbestimmungen wollten sie sogar Verschlechterungen vornehmen. Die Verhandlungskommission verlangte aber, daß der Manteltarif jetzt mit verhandelt wird, was auch nach längerem Streit gelang. Ein sechstägiger Streik war also notwendig, um Lohn- und Manteltarif für das Steindruck- hilfspersonal wieder zur Einführung zu bringen.

Der gute Ausgang dieser Lohnbewegung in Berlin zeigt, daß nur der feste Zusammenhalt der Hilfsarbeiter-schaft zu einem Erfolg führt.

Aus den Zählstellen.

Berlin. Frauensterbekasse! Die Generalver- sammlung der Frauensterbekasse fand am 21. April 1927 im Konferenzzimmer der Ortskrankenkasse für das Buchdruck- gewerbe zu Berlin statt.

Nach Eröffnung der Generalversammlung durch den ersten Kurator, Herrn Guido Baumann, erstattete der Ge- schäftsführer der Ortskrankenkasse Bericht über das verlossene Jahr. Die Mitglieder haben um 1121 zugenommen. Am Schluß des Jahres wurden 4760 Mitglieder gezählt. Hier- von waren Hilfsarbeiter 809. Im Laufe des Jahres sind bereits 10 Hilfsarbeiter ausgeschieden und 30 haben ihre Bücher nicht abgeholt. Von den 4760 Mitgliedern sind 305 Invaliden oder Witwen über 60 Jahre mit einer Umfange- gebühr von nur 25 Pf. pro Jahr. Vollzahler sind also 4465. Im Jahre 1926 wurden 48 Sterbefälle gezählt, davon waren Ehefrauen 28 und Witwen 20.

Die Einnahmen betragen 13 032,55 Mt., hierzu Zu- stand vom Vorjahre 3442,98 Mt., zusammen 16 475,53 Mt. Ausgaben waren 15 041,59 Mt., so daß am 31. Dezember ein Bestand von 1433,94 Mt. verbleibt.

Die Zunahme der Mitglieder um mehr als 1000 gab der Frauensterbekasse einen neuen Antrieb. Es muß ver-

urde: die Gefangenen brauchen nicht zu arbeiten und so waren denn fast alle betrunken. In jedem Augenblick ent- stand ein neuer Streik, der mit Schimpfwörtern begann und mit Schlägen endete. Gemeine Vieder, Spielhölle unter den Prütlern, mehrere für besonderen Unflug von den Kameraden halbtot geprügelte Gefangene, die man mit Felsen bedeckte und ruhig liegen ließ, bis sie wieder zu sich kommen und aufwachen würden, oft schon gegessene Messer: all das häute mich in den zwei Feiertagen bis zum Wahnsinn gequält.

Niemals konnte ich ohne Etel betrunkenes Volk sehen; hier aber, an diesem Ort, war es mir ganz besonders wider- lich. An solchen Feiertagen kamen nicht einmal die Beamten um Gefängnis, um zu inspizieren oder nach dem verbotenen Brennwein zu suchen. Sie saßen wohl ein, doch man auch diesen Verlorenen doch wenigstens einmal im Jahr etwas Freiheit lassen mußte, um Schlimmerem vorzubeugen.

Pflichtig ertrag ich die Qual nicht mehr. Heißer Blut pafte mich. Da kam mir der Vole Mt. ... Ist, auch ein „politischer“ Zwangsarbeiter entgegen; er blieb vor mir stehen und sah mich jornig, mit zuckenden Lippen, an. „Je mais ces brigands!“ (Ich hoffe diese Räuber!) stieß er halbtot zwischen den Zähnen hervor und ging an mir vorüber. Ich lehrte in die Kaserne zurück, trotzdem ich erst vor einer Viertelstunde halb wahnsinnig aus ihr herausgelaufen war, denn sechs Rerte, wahre Atkelen, hatten sich zugleich auf den betrunkenen Tartaren Gassin gestürzt, um ihn mit den Häuten zu „beruhigen“. Sie schlugen ihn unfühmig (ein Kameel hätte es nicht ertragen), wußten aber, daß dieser taratarische Hertules tief aushalten konnte. Als ich nun zurückkam, sah ich in einer Ecke den schändlich zugerichteten Hain, der ohne jedes Lebenszeichen auf seiner Prütlern lag. Man hatte ihn mit einem Belz zugedeckt. Die anderen um- händen ihn schweigend. Wenn sie auch überzeugt waren,

daß er am nächsten Tage wieder erwachen würde, so trachte sich doch einer von ihnen den Kopf und meinte etwas be- sorgt: „Aber... Welch Gott doch... Ist die Stunde ver- tracht, so stirbt 'n Mensch nie nichts von solchen Schlägen.“ Ich ging zu meiner Prütlere am vergitterten Fenster, legte mich auf der Kücken, schob die Hände unter den Kopf und schloß die Augen. So lag ich immer gern: die Schlafenden werden gewöhnlich in Ruhe gelassen und so kann man denken und träumen. Diesmal wollte es jedoch mit dem Träumen nicht geben; mein Herz zuckte unruhig und in den Ohren klang mir noch das Wort: „Je mais ces brigands!“ Jeht noch träume ich in mänder Nacht von jener Zeit; ich kenne keinen quatooleren Traum.

Allmählich vergaß ich die Gegenwart und verlor mich unmerklich in Erinnerungen. In allen den Jahren, die ich dort verbrachte, erinnerte ich mich meines ganzen früheren Lebens: ich glaube, ich habe es so von Anfang an nachmals durchlebt. Diese Erinnerungen kamen, ohne daß ich selbst wußte, wie; nur selten habe ich sie absichtlich hervorgerufen. Gewöhnlich fingen sie mit irgendeinem Punkt, einem kleinen Zug an, dem sich dann immer mehr Dinge anfügten, bis das Vergangene zum großen Bilde wurde. Ich analysierte dann die alten Eindrücke, fügte dem längst Erlebten neue Seiten hinzu und (die Hauptplache) verbesserte, ver- besserte ununterbrochen; darin bestand ja mein einziger Zeit- vertreib, meine Unterhaltung und Zerstreuung. — An jenem zweiten Osterfeiertag stand mir plötzlich, ich weiß nicht warum, eine Stunde aus meiner Kindheit vor der Seele, eine Begegnung des Neunjährigen, die ich schon längst ver- gessen hatte; aber ich liebte damals ganz besonders Erinne- rungen aus meinen Kinderjahren.

Wir fiel der Augustmonat auf unserm Landgut ein, Ein trockener, harter Tag; ein bißchen kühl und windig; der Sommer neigt sich dem Ende zu und bald muß man wieder

nach Mostau fahren, wieder den ganzen Winter über in französischen Stunden sich langweilen; und ich verlaße das Land so kurzbar ungen. Ich ging hinter die Tenne und weiter in die Schlucht, von der sich auf der anderen Seite ein dichtes Belztrupp bis zum Wald hinzog. Weiter und immer weiter drang ich in das Buschwerk ein, und höre noch, wie, vielleicht dreißig Schritt vor mir, auf dem Reu- bruch einfallt ein Bauer pflügt. Ich weiß; er muß steil den Abhang herauspflügen, das Pferd hat es schwer und manch- mal löst bis zu mir hinüber der ermunternde Zuruf: „Au, nu!“ Ich kenne alle unsere Bauern, weiß aber nicht, welcher von ihnen da gerade pflügt; ist mir auch einerlei. Ich bin ganz und gar in meine eigene Arbeit vertieft; denn auch ich bin beschäftigt; von einem Rußbaum breche ich mir eine gute Rerte, um mit ihr Frösche zu schlagen. Die Rerten von Rußbäumen sind so bißlich, viel besser als Birkenruten. Auch Käfer und andere Tierchen nehmen mich in Anspruch; ich habe sogar eine große Käferfamilie. Viele sind so püßig! Auch liebe ich die kleinen rotgelben Eidechsen mit den schwarzen Tüpfeln; doch vor Schlangen habe ich angst. Aber Schlangen trifft man viel seltener als Eidechsen. Pilze gibt es hier wenig. Pilze muß man im Birkenwald suchen. Und ich mache mich auf, weiter durch das Belztrupp in den Wald zu gehen. In meinem ganzen Leben habe ich nichts so geliebt wie den Wald mit seinen Pilzen und Beeren, mit seinen Käfern und Vögeln, Ageln und Eich- löchern, mit dem mich immer wieder erquickenden feuchten Duft faulender Blätter. Und noch jetzt, während ich dieses schreibe, rieche ich geradezu, atme ich den Duft unseres Birkenwaldes; solche Eindrücke haften fürs ganze Leben.

Da, plötzlich, inmitten der tiefen Stille, hörte ich laut und deutlich den Ruf: „Ein Wolf kommt!“ Ich schrie auf vor Schreck und lief mit entsetztem Geheul auf die Wiese zu dem pflügenden Bauer. (Schluß folgt.)

sucht werden, sämtliche verheirateten Buchdrucker, Schrift-
gießer und Hilfsarbeiter als Mitglieder zu werben. Je
größer die Mitgliederzahl, je weniger ist an Umlagen zu
zahlen. Dies zeigt bereits das Jahr 1927. Bis zur Gene-
ralversammlung waren 23 Todesfälle zu verzeichnen, und
doch brauchten die Umlagen nur viermal erhoben zu werden.
Wenn früher durchschnittlich der fünfte Fall bezahlt werden
musste, so hat sich das jetzt verbessert, so daß nur der sechste
Fall eingemeldet wird.

Das Kuratorium stellte fest, daß die Bücher ordnungs-
gemäß geführt sind und mit den Belegen übereinstimmen
haben. Hierauf wurde der Geschäftsleitung Entlastung erteilt.

Die Generalversammlung genehmigte die Beschlüsse des
Kuratoriums vom 29. März. Hiernach sollte sich die An-
stalt auch auf Buchdrucker erstrecken, die bereits früher der
Frauenverbände angehört haben und im Laufe der Zeit
wegen Rente getrennt wurden. Der zweite Beschluß, daß
Mitglieder, die einmal Sterbepflicht für ihre Ehefrau erhalten
und die Beitragszahlung unterlassen haben, nur dann
aufgenommen werden, wenn sie die inzwischen fällig ge-
wordenen Umlagen bis zum Tage des Neueintritts nach-
zahlen, wurde ebenfalls bestätigt.

Eine weitere Frage, ob der Ehemann auch für seine
abgestorbene Ehefrau weiter Beiträge bezahlen kann, wurde
abgeschlossen. Wahrend hierfür war die Ein-
teilung zur Zahlung, wonach als Zweck des Vereins be-
zeichnet wird, den Mitgliedern beim Ableben ihrer Ehe-
frauen wie auch beim Tode der dem Verein verbliebenen
Mitglieder-Witwen den Erbeserbstigen derselben eine Geld-
unterstützung zu gewähren.

Hierauf trat Schluß der Generalversammlung ein. Der
erste Kurator, Herr Baumann, dankte den Anwesenden für
ihre Erscheinen.

Rundschau.

Die Frauenarbeit in Deutschland und in anderen Län-
dern. Die Ergebnisse der Volkszählung im Jahre 1925 haben
bekanntlich einen Ueberblick der weiblichen Bevölkerung
stark hervorgerufen. Im heutigen Deutschen Reich (ohne
Saargebiet) betrug nach der letzten Volkszählung die Ge-
samteinwohnerzahl 62 474 872. Davon waren männliche
Einwohner 30 169 973 und weibliche 32 304 899. Auf 1000
männliche Einwohner kommen mithin 1071 weibliche Per-
sonen. Dieses Verhältnis ist bekanntlich aus dem stärkeren
Verlust der Männer im Kriege zu erklären. In den
übrigen Ländern Europas ergeben sich ähnliche Verhält-
nisse. In Amerika sind allerdings die Frauen in der Kinder-
zahl. Dies tritt auch in der gewerkschaftlichen Beschäftigung
der weiblichen Personen zutage. In Deutschland gab es im
Jahre 1926 bei einer Bevölkerung von 60 Millionen und
9,5 Millionen erwerbstätige Frauen, in Großbritannien
bei einer Bevölkerung von 40 Millionen und 6,5 Millionen
und in den Vereinigten Staaten bei einer Bevölkerung von
110 Millionen 8,5 Millionen erwerbstätige weibliche Ar-
beiter. Der sechste Teil der Bevölkerung besteht in Deutsch-
land und England aus erwerbstätigen Frauen und Mäd-
chen, in den Vereinigten Staaten dagegen nur der vier-
zehnte Teil. Das sind traurige Unterschiede, die die Not hier
und den Ueberfluß dort stark hervorheben lassen. Daß der
sechste Teil der weiblichen Bevölkerung nach Verdienst gehen
muß, ist ein Zustand, der nicht nach hoher Kultur ausreicht.

An die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen
Südwestdeutschlands. In den nächsten Monaten finden die
Jahresversammlungen der Vereinigungen der Betriebs-
krankenkassen statt. Wer bestimmt die Delegierten zu den
Tagungen der Krankenkassen und Vereinigungen?

Nach der A.D. werden die Geschäfte der Krankenkassen
durch Vorstand und Ausschuss geführt. Der Vorstand ver-
waltet die Kasse, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.
Zur laufenden Verwaltungstätigkeit der Kasse gehört auch
die Bezeichnung der Vertreter der Krankenkassen für die
Tagungen der Krankenkassenvereinigungen. Zu diesem
Zweck hat der Vorstand in einer unter Angabe der Tages-
ordnung fristgemäß einzuberufenden Sitzung die Zahl und
die Namen der Delegierten für die Verbandstagung zu be-
stimmen und festzulegen, welche Delegierten das Stimmrecht
der Kasse wahrzunehmen haben. Bei den Betriebskrank-
kassen tritt an die Stelle der gewählten Arbeitgeber der
Betriebsunternehmer oder sein Stellvertreter. Die Satzungen
der meisten Betriebskrankenkassen enthalten die Vorschrift,
daß der Vorsitzende des Vorstandes oder sein Vertreter die
Kasse, besonders in bestimmten, näher bezeichneten aktuellen
Fällen, vertritt. Von einer Ernennung der Delegierten ist
dabei nicht die Rede. Der Vorsitzende oder sein Vertreter
kann deshalb nicht ohne Zustimmung des Vorstandes die
Delegierten für die Verbandstagung benennen oder zur Ver-
tretung der Kasse zur Verbandstagung sich selbst delegieren.
Obenstehend kann der Geschäftsführer der Kasse dieses Recht
für sich allein in Anspruch nehmen.

Nach § 414 der A.D. können für Kasseneinrichtungen,
die den allgemeinen Zwecken der Krankenkassen dienen,
Kassennittel nur mit Zustimmung der Mehrheit beider
Gruppen im Vorstand verwendet werden.

Am Interesse der Versicherten muß deshalb von den
Vorstandsmitgliedern der Betriebskrankenkassen streng
darauf geachtet werden, daß die Delegierten für die
Tagungen der Krankenkassenvereinigungen in der oben
dargelegten Weise durch die Vorstände der einzelnen Krank-
kassen bestimmt werden und ihnen die Einladungen und
Tagesordnungen der Kasseneinrichtungen vor der Tagung be-
kannt gegeben werden.

**Betriebssekretariat des A.D.B. für Hessen, Hessen-
Nassau und Waldeck,
gez. Wilhelm Leuschner.**

Fünftes Jahrbuch des I.G.B. 1927, Teil 1. Der I.G.B.
ist die einzige Internationale, die regelmäßig eine ausführ-
liche Statistik der Mitgliederzahlen der ihr angeschlossenen
Organisationen sowie der internationalen Berufssekretariate
herausgibt. Das Jahrbuch des I.G.B., in dem dieses un-
angenehme Material verarbeitet ist, nimmt vor allem auch
deshalb einen ganz besonderen Platz ein, weil der I.G.B. die
stärkste Internationale der Welt ist und die dem I.G.B. an-
geschlossenen Organisationen 35 Proz. der gewerkschaftlich
organisierten Arbeiter der Welt erfassen.

Die vergangenen Jahre haben bewiesen, daß der I.G.B.
mit der Herausgabe seines Jahrbuches einem Bedürfnis
entspricht. Die Presse der verschiedensten Richtungen fand
Anlaß, auf den Wert der Publikation hinzuweisen.

Teil 1 des fünften Jahrbuches (1927), dessen Zahlen bis
zum 31. Dezember 1925 reichen, ist schon erschienen. Da
die Ausgabe in zwei Teilen erfolgt, konnte dieser erste Teil,
der das wichtigste Material, d. h. die statistischen Angaben
enthält, viel früher als üblich herausgegeben werden.

Aber sich über die Zusammenfassung des I.G.B., seine
Mitgliederzahlen, Instanzen und Organe unterrichten will;
wer die Namen (Uebersetzungen in deutscher, französi-
scher und englischer Sprache) der jeder Bundeszentrale an-
geschlossenen Organisationen, ihre Mitgliederzahlen (ge-
sondert in Männer und Frauen), Adressen und Berufsorgane
zu kennen wünscht;

wer sich von der Zusammenfassung des ganzen Appa-
rates der Internationalen Berufssekretariate ein Bild machen
will;

wer die Namen der Arbeiterbildungsinstitutionen der
verschiedenen Länder erfahren will, ferner die bei der Ge-
nossenschaftsinternationalen angeschlossenen Organisationen,
die Namen, Adressen und Mitgliederzahlen der der So-
zialistischen Jugend-Internationale angehörenden Organi-
sationen;

kurzum, wer alle Angaben über die freie internationale
Gewerkschaftsbewegung zu besitzen wünscht, verschaffe sich
das fünfte Jahrbuch des I.G.B. 1927, Teil 1, das in einem
Umfang von 160 Seiten mit französischem, deutschem und
englischem Text versehen ist.

Für Bestellungen wende man sich an die Verlags-
gesellschaft des A.D.B., Berlin S. 14, Inselstraße 6, Preis:
4 Mark.

**Der Reichsführerkursus des Arbeiter-Abstinenten-
Bundes** der vom Karfreitag bis zum 2. Osterfesttag in Tannich
stattand, war von 90 Genossen und Genossinnen besucht.
In Form einer Arbeitsgemeinschaft wurde die gesundheits-
liche, wirtschaftliche und kulturell-politische Seite der Alkohol-
frage gründlich erörtert. Ein Tag war der Erziehung
organisatorischer Fragen gewidmet. Dabei kam einmütig
die Meinung zum Ausdruck, daß der Arbeiter-Abstinenten-
Bund die Trinkerfürsorge nicht grundsätzlich ab-
lehnen dürfe, vielmehr nach Maßgabe seiner Kräfte sich
alcoholabhängiger Arbeiter annehmen sollte, soweit es ohne
Beeinträchtigung der Hauptaufgabe des Bundes, nämlich
der das Trinken überhaupt verhütenden Aufklärungsarbeit,
geschehen könne. Ferner wurden von den Funktionären ein-
gehend die Mittel und Wege besprochen, die durch stärkere
Anlehnung an die sozialistischen Organisationen, den Kampf
gegen den Alkoholismus innerhalb der Arbeiterklasse er-
folgreicher gestalten können.

Theorie und Praxis. Ueberall sieht man jetzt die Pla-
tate: „Trinkt deutschen Wein!“ Es werden Ausstellungen
veranstaltet, Reden gehalten, Schriften verbreitet, die den
Verbrauch von deutschem Wein fördern sollen. An dieser
Propaganda beteiligen sich auch die Weinbändler sowie die
Fabrikanten von Sekt und Likören. Die Praxis sieht aber
anders aus! Im Jahre 1926 wurde nach Deutschland für
über 30 Millionen Mark Wein eingeführt, dagegen nur
etwas über 9 Millionen ausgeführt. Der ausländische
Wein wird zu einem Teil im Handel abgesetzt, ein anderer
Teil aber wandert in die Sekt- und Likörfabriken, um dort
in „deutsche“ Erzeugnisse umgewandelt zu werden.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Am
29. März 1927 fand die Generalversammlung der Bank der
Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-B. statt. Der vor-
gelegte Geschäftsbericht zeigt ein Anwachsen des Einlagen-
bestandes von 21 1/4 Millionen Reichsmark auf 36 137 250,58
Mark. Sämtliche Ziffern der Bilanz geben ein Bild der
ständigen Weiterentwicklung des Instituts, und dies, obwohl
besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1926 die Anfor-
derungen, die die Gewerkschaften an die Bank gestellt haben,
außerordentlich groß waren und große Beträge zurückge-
fordert wurden. In der zweiten Hälfte des Jahres ist der
Einlagenbestand jedoch ständig größer geworden, und auch
im laufenden Jahr 1927 haben die Depositen sich in dem-
selben Verhältnis vermehrt.

Die Bank hat, wie in den Jahren vorher, durch Kredit-
gewährung an die den Gewerkschaften nahestehenden Or-
ganisationen und Wirtschaftsbetriebe, sowie durch Pflege des
kommunalen Kreditgeschäftes ihren Wirkungsbereich wesent-
lich ausgedehnt. Die Bilanz enthält beträchtliche stille Re-
serven. Der ausgewiesene Reingewinn beträgt 878 026,41
Mark. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 10 Proz.,
nachdem 250 000 Mark dem gesetzlichen Referendums und
200 000 Mark einem Spezialfonds zugeführt worden sind, so
daß die Bank im ganzen an offenen Reserven 650 000 Mark
ausweist. 28 026,41 Mark werden für das Jahr 1927 vor-
getragen.

Die Filialen der Arbeiterbank in Hamburg und Breslau
haben sich günstig entwickelt. Im Laufe des Jahres sind
Filialen in Bremen, Frankfurt a. M. eröffnet worden. Im
Mai wird eine Filiale in Dresden eröffnet.

Aus kleinsten Anfängen hat sich die Arbeiterbank in
wenigen Jahren zu einem Institut entwickelt, auf das die
Gewerkschaften und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung
stolz sein kann.

Die Arbeiter als Unternehmer. Heft 1 des Jahrganges
1927 der Vierteljahresschäfte der Berliner Gewerkschafts-
schule ist ein Sonderheft mit obigem Titel. Das Heft ent-
hält nicht weniger als sieben von Fachleuten geschriebene
Artikel des weitausstrahlenden Gebietes, wo die Kaufkraft
der Arbeitermasse zusammengefaßt wurde und als ge-
schlossene Macht, sei es als Produktionsunternehmen oder
als Verteilungsorganisation in Erscheinung tritt. Der be-
kannnte Genossenschaftler Paul Lange schreibt über die
Konsumgenossenschaften. Architekt Richard Linke
berichtet über „Gemeinwirtschaftliche Gründungs- und Fin-
anzierungsvereinigungen in der Wohnungswirtschaft“. Die
Baugenossenschaftsbewegung wird vom Genossen A. Otto
behandelt; der soziale Baubetrieb von Hans Krauß, der
auch Verfasser des Aufsatzes „Arbeiter als Unternehmer“
in der Nummer 19 der „Solidarität“ ist. Ueber die
neu errichtete „Europa“ berichtet Blotke. Eine interna-
tionale Rundschau über Arbeiter-Wirtschaftsbetriebe im
Zusammenhang der Arbeiter Otto Bach bei. Alles in
allem eine gute Uebersicht über das Thema „Der Arbeiter
als Unternehmer“. Von dem sonstigen Inhalt des ange-
zeigten Heftes ist noch ein Artikel erwägungswert, der von
der Arbeit der Berliner Gewerkschaftsschule handelt. Ein
Jahresabonnement auf die Vierteljahresschäfte der Berliner
Gewerkschaftsschule kostet nur 3 Mark. Diese Schrift ver-
dient die größtmögliche Verbreitung.

Ein Grund zur Klage nicht vorhanden. Die Kon-
kursziffern haben sich im Monat April wieder wesent-
lich geändert. Sie erreichten den tiefsten Stand seit Men-
schenjahren. Im verflochtenen Monat wurde in 423
Fällen der Konkurs verhängt gegen 558 im März, 473 im
Februar und 498 im Januar dieses Jahres. Der Rückgang
betrug mithin gegenüber März nicht weniger als 25 Proz.
Geschäftsauflösungen wurden 123 angeordnet. In den Vor-
monaten hingegen: März 128, Februar 127 und Januar
92. Es verlohnt sich kaum zu diesen Ziffern erläuternde
Ausführungen zu machen. Sie sprechen für sich selbst. Die
Geschäftswelt kann von sich selbst sagen: ein Grund zur
Klage ist nicht vorhanden! Aber die Lohn- und Gehalts-
empfänger? — Und du hämmerst und du jinnst; sag o
Volk, was du gewinnst? — Wer zählt hier die zusammen-
gebrochenen Existenzen? Für diese gibt es keine Statistik.
Sie verinken im Schraube des harten Lebens. Kein Amts-
gericht und kein Reichsanzeiger nimmt davon Notiz. So
ist das Leben in diesen zwei Weltteil!

Literatur.

Aufbau Nr. 4/IV. Sondernummer „Beethoven“. Einzel-
nummer 25 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mark. Probenummer frei.
Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Brauer, 17.
Es ist schon für die früheren Hefte des Kulturwunders charakteristisch
zu sein, so gibt auch diese Nummer den Lesern die Möglichkeit, ein
überaus umfangreiches Stoffgebiet in knapper Zusammenfassung
kenntenzulernen, nämlich das kritische Gefühl und weit am weitesten
den Lesern, sich mit Kulturfragen fester zu beschäftigen. Aber den
Auszug nicht ließ, sondern eine Probenummer vom Verlag.

Gewerkschafts-Kalender. Monatshefte für Theorie und Praxis der
gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Carl Fein-
berg, St.-Johann-Straße 36. Vierteljahresabonnement 2,00 Mark.
Monatlich ein Heft. Vierteljahresabonnement 2 Mark.

Als drittes Heft der „Gewerkschafts-Bibliothek“ liegt die Arbeit des
bekannten Berliner Kinderarztes Dr. Curt Frankenstein: „Wie erhalte
ich meinen Säugling gesund?“, vor. In dem Heft sind außerdem
frisch und anregend geführte Briefe von Müttern sozial-
praktische Ratgeber, so daß man nur wünschen kann, daß jede
Mutterkassette diesen knappen und dabei so lehrreichen Leitfaden in
die Hände bekommt.

Abrechnungen.

In der Woche vom 16. bis 21. Mai sind die Quartals-
abrechnungen aus Wünnchen (Gau 4) und Magdeburg
(Gau 8a) bei der Hauptkasse eingegangen.

An Geldbeiträgen kamen aus Frankfurt a. M. 11 006,25
Mark, Wünnchen 12 035,94 Mark, Leipzig 39 405,- Mark,
Magdeburg (Reisbetrag) 1824,68 Mark, Danzig (Extrab-
träge) 327,50 Mark.

Berlin, den 21. Mai 1927.

Heinrich Dobahl.

Für die Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 1927 ist die
Beitragsmarke in das 22. Feld des Mitgliedsbuches oder
der Mitgliedskarte zu kleben.

Unsern lieben Kollegen Friedrich Hafner (i. F. Poppen
und Ortmann) zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten
Glückwünsche. Zahlstelle Freiburg i. Br.

Unsern lieben Kollegen Angela Schmitt (in Firma
Schaar u. Datka) nebst ihrem Gemahl Bernhard Johannes
zu ihrer Vermählung nachträglich die herzlichsten Glück-
wünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Trier.

**Erstklassige
Fahrräder**
mit Garantie. Frei-
willig u. Bereifung in
allen Preislagen von
M 39.50 an

Die Aushändigung unserer besten
Tourenräder erfolgt bei nur
**Anzahlung
M 10.-
Wochenrate
M 2.50**

AUTOFABRIK G.M.B.H.
Berlin-SW 68
Alexandrineral-Strasse 29/40



STERBETAFEL.

Am 12. Mai 1927 verschied nach längerer Krankheit
unsere werthe Kollegin
Hedwig Schaffrath
(Firma: Schleifische Druckerei-Genossenschaft).
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Zahlstelle Wreslau.

Am 15. Mai 1927 verstarb nach längerer Krankheit
unser langjähriges Mitglied
Anna Kunzl
(Firma: Werner & Winter).
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Zahlstelle Frankfurt a. M.

Am 15. Mai entfiel nach langem, schwerem Leiden
unser langjähriger Kollege, der Hilfsarbeiter
Hermann Killmer
(Firma: Verlagsgef. Deutscher Konsumvereine)
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen die
Zahlstelle Hamburg.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schürke, Charlottenburg, West-
endstraße 16. Fernr.: Amt Berlin 1328. - Verlag: H. Coblenz,
Charlottenburg. - Druck: Bornsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68.